

**Bericht des Beauftragten der
Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)
am Sitz der Bundesregierung
für die 12. Kirchensynode der SELK**

Ein Blick zurück

Die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche hat sich 28 Jahre lang seit ihrer Konstituierung 1972 Zeit gelassen, mit einem Beauftragten am Sitz der Regierung in Erscheinung zu treten. Das hat seinen Grund darin, dass sie in Bonn nur als ein Gemeindeteil des Pfarrbezirks Köln vertreten war und erst in den späten 1980er Jahren dort eigene Pfarrer hatte, die aber „zweiter Pfarrer des Pfarrbezirks Köln“ bleiben.

Erst der Beschluss des Bundestages 1991, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen, hätte zu einer Änderung im Verhältnis zur politischen Öffentlichkeit führen können. Aber weder die Kirchensynode 1991 noch auch die folgende 1995 können sich entschließen, den Sitz der Kirchenleitung ebenfalls in die Deutsche Hauptstadt zu verlegen. Das führt dazu, dass für das Verhältnis zu den politischen Institutionen in Berlin wertvolle Zeit verstreicht.

Erst 2001 bestellt die Kirchenleitung mit dem damaligen Propst Wilhelm Torgerson, DD einen Bevollmächtigten am Sitz der Bundesregierung. Dieser versieht sein Amt, bis er 2007 in der Lutherstadt Wittenberg eine Aufgabe in dem von der Lutherischen Kirche-Missouri Synode initiierten und finanzierten Projekt einer Präsenz des Bekenntnisluthertums übernimmt.

Kommission/Amt/Werk/Beauftragter

Propst em. Gerhard Hoffmann, aus Petershagen/Eggersdorf wird am 11./12. Mai 2007 von der Kirchenleitung auf zunächst 3 Jahre berufen. Er wird am 19. 09. 2007 durch Bischof Voigt in der Kirche „Zum Hl. Kreuz“ zu Berlin Wilmersdorf eingeführt. Am 26./27. 4. 2010 verlängert die Kirchenleitung die Beauftragung um weitere drei Jahre, sagt allerdings auch zu, um einen geeigneten Nachfolger bemüht zu sein. Am 19. Mai 2010 erkläre ich mich mit der Verlängerung einverstanden, bitte jedoch darum, man möge mich ggfs auch eher von der Beauftragung entbinden.

Ihrem Bevollmächtigten gibt die Kirchenleitung auf, er solle Kontakte aufbauen und pflegen u.a. zu anderen Beauftragten aus den Kirchen, zu den Kirchenbeauftragten der Parteien, zum Innenministerium und dem dortigen Kirchenreferenten, zu Abgeordneten und Ministern, zum Bundeskanzleramt und den Vertretungen der Bundesländer sowie zu Verbänden und Organisationen.

Weiter solle er Pressekonferenzen zu wichtigen Themen sorgfältig vorbereiten, Materialien und Stellungnahmen aus unserer Kirche verbreiten, Andachten und Gottesdienste anbieten, Empfänge durchführen und die SELK bei Empfängen etc. repräsentieren.

Schließlich solle er Einladungen der Bundesregierung, des Bundestages, des Bundespräsidialamtes, der Ländervertretungen etc. wahrnehmen bzw. weiterleiten.

Die Kirchenleitung hat ihren jetzigen Bevollmächtigten 7 Jahre nach seiner Emeritierung nach 46 Jahren im Gemeindedienst – Vikarszeit eingeschlossen – berufen. Der Austausch mit Rektor i.R. Wilhelm Torgerson, DD sowie sein Bericht vor der 11. Kirchensynode waren mir wertvolle Hilfen. Dennoch muss ich mir völlig ungewohntes Neuland erschließen, ohne dabei hinten zu stellen, dass ich ordinerter Diener der Kirche und Pfarrer der SELK bin.

So sehe ich mich als Vermittler zwischen der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der politischen Öffentlichkeit: Ich lege Anliegen der Kirche, ihrer Konvente, Gemeinden

und Gruppen den Abgeordneten dar.

Andererseits versuche ich, denen, für die wir jeden Sonntag beten, der SELK nahe zu bringen. Recht bald wird mir klar, dass die Abgeordneten jenseits aller oft auch berechtigten Kritik einen „Knochenjob“ machen, der sie vieler Annehmlichkeiten entzieht, die „Bürger“ für sich gern in Anspruch nehmen und auf die sie nur ungern verzichten.

Berichtszeitraum (2007-2011)

Über meine Tätigkeit berichte ich am 30. 1. 2008 und am 17. 3. 2010 im Kirchenbüro in Hannover. Für Veröffentlichung über selk_news verfasse ich 25 Berichte, für die Märkische O-derzeitung vom 29. Oktober 2009 einen Bericht über die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche sowie für die Zeitschrift des Diakonisch-Missionarischen Frauendienstes „Koralle“ September 2010 einen Artikel „Unterwegs vom Garten Eden zum Himmlischen Jerusalem – Christen in politischer und gesellschaftlicher Verantwortung“.

Zeitaufwand, Kosten und Ausfallzeiten

Inzwischen beläuft sich der Zeitaufwand für die Wahrnehmung des Auftrags auf etwa 250 Stunden. Die Tätigkeit am Schreibtisch ist dabei nicht erfasst. Was ich aufwende für Telefonate, Briefe, Faxe, Abfassen von Berichten, Wahrnehmen und Präsenz im Internet, Präsenz in der Parlamentsberichterstattung des Deutschen Bundestages, Präsenz im Plenum geht darüber weit hinaus, ist die eigentliche Arbeitszeit und wird nicht nachgehalten.

Die Kosten fallen € 308 an. Es sind dies Fahrtkosten für 1593 km mit dem Auto, Parkgebühren und Kosten für die öffentlichen Verkehrsmittel.

Zwischen November 2008 und Mitte Juni 2009 muss ich meine Tätigkeit stark einschränken, da meine Frau am 31.10.2008 einen schweren Unfall erleidet und auf meine Hilfe angewiesen ist. Ab Juli 2009 bis in den Januar 2010 befinden sich die Parteien im Bundestagswahlkampf und sind dann in den Monaten danach mit der Organisation und Aufnahme der Parlamentsarbeit der 17. Wahlperiode beschäftigt.

Im Berichtszeitraum zähle ich 32 Besuche bei Abgeordneten, ihren Mitarbeitern, sowie den Beauftragten der Kirchen und 27 Wahrnehmungen/Repräsentationen bei Parteien, Verbänden und Organisationen sowie Teilnahme an Empfängen.

Mein Computer enthält 185 Dateien an Schreiben, Faxen und e-mails.

Besonders erwähne ich:

- Schreiben an Staatssekretär Władysław Bartoszewski, Warschau und Zustellung meines Kommentars: „Versöhnung über Grenzen hinweg“. Ich bat in meinem Schreiben, Herr Bartoszewski, möge zum Wohl der bleibenden Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen im Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibung mit der Präsidentin des BdV zusammenarbeiten.
- Antwort auf eine Bitte des 2. Sekretärs der Botschaft der Russischen Föderation Sergej Eshov, das Verhältnis von Kirche und Staat und die Stellung der Kirchen im öffentlichen Leben in Deutschland darzustellen.

Bemühung beim Protokoll des Parlaments, die SELK wie die EKD, die Röm.-kath. und Griechisch Orthodoxe Kirche zu behandeln und sie zu öffentlichen Veranstaltungen einzuladen. Bisher sind diese Bemühungen gescheitert, wie wir einem Schreiben des Bundestagspräsidenten

ten an Ingrid Fischbach, MdB entnehmen müssen.

- Schreiben an die Beauftragten der Kirchen betr. „Vergessene Soldaten“. Ein Bericht im Tagesspiegel macht auf PTBS bei Soldaten nach ihrer Rückkehr aus Kampfeinsatz aufmerksam. Der Beauftragte der EKD hat die Anfrage an das Militärbischofsamt weitergeleitet. Dies hält eine kirchliche Initiative für überflüssig.
- Der Bezirkspfarrkonvent Berlin/Brandenburg regte zu Gunsten einer Hilfe für Schwangere eine Änderung bei der Auszahlung des Kindergelds an. Diese Anregung ist der damaligen Bundesministerin v. d. Leyen zugestellt, dort bearbeitet und mit einem Schreiben von 4 Seiten ablehnend beschieden worden.

Die Verbreitung von Materialien und Stellungnahmen aus unserer Kirche

- Zustellung eines Kurzberichts über die Arbeit der Ethikkommission an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Weiterleitung Stellungnahme des Bischofs zum Schwangerschaftskonfliktgesetz an Bundeskanzlerin Dr. Merkel, die damalige Ausschussvorsitzende Zypries, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien des Deutschen Bundestages und die Kirchenbeauftragten. Die Bundeskanzlerin hat sich am 19. 01. 09 für die Zusendung ausdrücklich bedankt.
- Bei Besuchen händige ich immer eine Mappe aus, in der sich Materialien befinden, die in der SELK entstanden sind, z.B. Themenhefte aus der Reihe „Zur Orientierung“ sowie „Zur Sache“. Wenn es hinsichtlich des Besuchten angezeigt erscheint, überreiche ich auch schon mal die Chronik der Gemeinde Berlin-Mitte oder Berlin-Wilmersdorf.

Wie hat die Kirche die Arbeit ihres Bevollmächtigten angenommen?

Im Kirchenbüro habe ich 2008 und 2010 dem Herrn Bischof und dem Herrn Geschäftsführenden Kirchenrat über meine Tätigkeit einen Bericht gegeben jeweils auch mit ihnen erörtert. Einzelne Äußerungen auf meine Berichte, die selk_news veröffentlicht haben, zeigen, dass die Tätigkeit des Beauftragten in der Kirche positiv und wohlwollend beachtet wird.

Allerdings – das ist mein Eindruck – ist dem Gesamtbereich der SELK noch nicht wirklich bewusst, dass er sich am Sitz der Bundesregierung bevollmächtigt vertreten lässt. Das kann auch nicht überraschen, denn auf dem Feld der Politik haben wir uns nach 1945 nicht mehr bewegt. Die Konsolidierung der Gemeinden und der Zusammenschluss der Ev.-Luth. Freikirchen haben Zeit und Kräfte beansprucht. Mit der Anerkennung der Gesamtkirche, ihrer Organe und Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts war das Interesse zum Ziel gelangt. Vielleicht darf man hier und da ein Engagement im kommunalen Bereich ausnehmen. Aber die „große Politik“ war dann weithin nur noch Gegenstand des sonntäglichen Fürbittengebetes.

Mit der Beauftragung am Sitz der Bundesregierung tritt die aktive Mitarbeit von Gliedern der SELK an der Gestaltung des öffentlichen Bereichs und die Teilnahme an den Versuchen zur Lösung der Fragen, die unseren Alltag und die Zukunft betreffen, in den Blickpunkt.

Ich hätte mir gewünscht, dass im Lauf der Zeit Gemeindegruppen auf Berlinbesuchen Kontakt zu mir aufgenommen hätten, damit ein Besuch im Reichstag mit jeweils einem Vortrag von 45 Minuten und ggfs. auch ein Empfang mit einem Wahlkreisabgeordneten hätte geplant werden können. Leider ist das nur zwei Mal geschehen und auch aus Zeitgründen ließ sich für

den Allgemeinen Pfarrkonvent bei seiner letzten Tagung in Berlin Ähnliches nicht verwirklichen.

Unerledigte Arbeitsaufträge

Es gibt noch viel zu tun, denn die Arbeitsaufträge weisen erhebliche Fehlanzeigen auf. Zukünftig müssen wir uns weiter bemühen um:

- Durchführung von sorgfältig vorbereiteten Pressekonferenzen;
- Durchführung von Empfängen sowie Angebote von Andachten und Gottesdiensten;
- Einladungen der Bundesregierung, des Bundestages, des Bundespräsidialamtes sowie der Ländervertretungen wahrzunehmen bzw. weiterzuleiten.

Probleme

Präsenz – Raum – Strategie

Präsenz: In Berlin gibt es sieben Gemeinden mit acht Kirchen der SELK. Leider ist sie aber als Gesamtkirche – weder mit dem Sitz ihrer Kirchenleitung noch mit dem Sitz ihres Bischofs – in Berlin präsent.

1991 und 1995 haben zwei Kirchensynoden in diesem Punkt jeweils zu kurz gedacht. Beide Male haben diese übersehen und es verhindert, dass die Gesamtkirche damit für die entscheidenden Ebenen im politischen Tagesgeschäft – Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Parlamentspräsidium, Parteien – auf eine gleichrangige Ebene verzichtet. Die Entscheidungen von damals machen sich bis heute nachhaltig bemerkbar. Wenn wir „Selbständigkeit“ neben der EKD reklamieren, müssten wir dies eigentlich auch durch eine adäquate, hochrangige Präsenz dokumentieren.

Raum: Die Gemeinden unserer Kirche verfügen eigentlich nur für die eigenen Bedürfnisse über geeignete Räume. Von allen Gemeinden sind wir nur mit der Annenstraße in etwa im Gesichtskreis von Parlament und Abgeordnetenbüros. Bisher konnten bei diesem Gemeindezentrum Räumlichkeiten nicht geschaffen werden, in denen man zu Empfängen – auch im kleineren Rahmen oder Pressekonferenzen etc.- einladen kann. Es wäre wichtig, dass sich daran kurz- oder mittelfristig etwas ändert.

Strategie: Wenn die insgesamt nun 10 Jahre dauernde Tätigkeit von zwei Beauftragten am Sitz der Bundesregierung als Test gedacht war, kann dieser inzwischen als bestanden gewertet werden. Aber das hieße in meinen Augen, dass sich die Gesamtkirche über die Strategie klar wird, mit der sie sich als lutherische Bekenntniskirche nun weiter gegenüber 5 Parteien, dem Bundespräsidenten, der Regierung und dem Parlament mit 650 Abgeordneten sowie 16 Ländervertretungen positioniert. Diese entscheiden letztlich alles, was Wohl oder Wehe aller Bürger bedeutet.

Ausblick

Dem Schöpfer liegt seine Schöpfung am Herzen, ob diese IHN zur Kenntnis nimmt oder nicht. Wir sind gewiss, dass Gott uns **täglich Brot** unabhängig davon gibt, wir über IHN denken. Gottes Fürsorge schließt alles ein, was uns die Not vom Hals hält. Der Menschen Aufgabe ist es, Gesetze zu erlassen, das staatliche und kommunale Ordnungswesen zu erhalten und Aufgaben in Politik, Wirtschaft und Familie zu lösen.

In der SELK müssen wir uns dessen bewusst sein oder werden, dass wir in diesem Aufgabenfeld ein Mandat haben und wie wir dies, gebunden an die heilige Schrift Alten und Neuen

Testaments wahrnehmen. Immerhin gehört der barmherzige Samariter zu den großen Vorbildern, die uns der HERR gegeben hat. In unserer Grundordnung stehen wir dazu, dass Diakonie, Nächstenliebe, Fürsorge für Arme und Entrechtete von Gott geforderte Lebensäußerungen der Kirche und ihrer Gemeinden sind.

Sowohl die EKD als auch die röm.-katholische Kirche haben hier Stellung bezogen. Mit der Präsenz eines Bevollmächtigten am Sitz der Bundesregierung hat die SELK bisher nur ein Signal gegeben dass sie neben beiden Kirchen nicht abseits stehen will. Wie sie ihre Aufgaben da, wo die Entscheidungen fallen, als Gesamtkirche wahrnehmen und Lösungen anbieten will, das müsste sie z.B. im Allgemeinen Pfarrkonvent, im Superintendentenkollegium und als Kirchenleitung klären.

Bei allem guten Willen und dem Einsatz vieler zum Teil bis zur Erschöpfung, bleibt der Weg für alle, die sich im öffentlichen Leben engagieren steinig und mühsam. Aber gerade weil die Menschheit dem unter die Räuber gefallenen Wanderer gleicht, braucht sie Samariter. Den einen, der ihr Liebe und Zuwendung bis zum Tod vorgelebt hat, hat ihr auch das Vorbild für ihre Verantwortung im politischen und gesellschaftlichen Bereich gegeben.

Handlungsbedarf

Zusammenführung von Ressourcen, Austausch des Beauftragten mit der Gesamtkirche

Zusammenführung von Ressourcen

In der SELK und deren Umfeld und Einzugsbereich gibt es überall junge Frauen und Männer zwischen 20 und 40 Jahren, die einen festen, an Gottes Wort und dem Bekenntnis der Kirche ausgerichteten Standpunkt haben und denen unsere Gesellschaft am Herzen liegt. Die jetzige Familienministerin Dr. Kristina Schröder ist eine solche Persönlichkeit. Sie wollte von früherster Jugend an zum Wohl des Landes wirken. Sollte es nicht ähnlich denkende junge Menschen unter unseren Jugendlichen geben? Sie müssten wir bestrebt sein, zusammenführen.

Eine ganze Reihe unter unseren Emeriten haben als Oberschüler und Abiturienten in Oberursel Schülerfreizeiten mitgemacht. Wir haben da etwas mitbekommen, was uns dann zum Studium der Theologie geführt hat. Ähnliches müsste man auch für den Bereich überlegen, in dem es um die öffentlichen Belange geht. Wir brauchen dabei Menschen nicht fit zu machen für die Politik. Das tun die schon von ganz alleine. Wer in der Öffentlichkeit wirken will, der tut das und sucht sich dazu sogar seine Partei aus, wie das Beispiel Dr. Schröder zeigt.

Junge Damen und Herren haben die Möglichkeit, ein Praktikum bei einem Abgeordneten zu machen und dabei einmal „Luft zu schnuppern“. M.W. gibt es augenblicklich einen jungen Mann, der in einem Abgeordnetenbüro angestellt ist. Vielleicht sind es mehrere?

Zukünftig müssten wir sie zusammenführen und sie mit Gleichgesonnenen vernetzen. „Machen Sie einen Kongress, laden Sie dazu Leute ein. Gehen Sie mit denen an die Öffentlichkeit. Die Fragen, um die es geht, liegen auf der Straße“, sagt mir ein Journalist. In der Tat, sie liegen nicht nur auf der Strasse. Wir begegnen ihnen in der Presse, in den Medien und im Alltag, wenn wir mit offenen Augen durch die Welt gehen und uns daran erinnern, dass unser HERR gesagt hat: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“

In der Öffentlichkeit sind die von Gott her gegebene Maßstäbe abhanden gekommen, das E-

vangelium ist zu einem Angebot der Beliebigkeit geworden und im Hinblick auf Gott fragt man eher „Wollen wir ihn reinlassen“ als danach, was er zu sagen hat. „Die Öffentlichkeit muss damit konfrontiert werden“, meinte eben jener Journalist, „dass die Welt kein Wellnessbereich ist. Wir müssen uns auch mit Verboten abfinden, mit Härten und Schmerzen und von dieser Basis neu auf Gott hören.“

Mit der Präsenz eines Bevollmächtigten am Sitz der Bundesregierung haben wir einen mutigen Schritt gewagt. Nun dürfen wir uns damit nicht begnügen. Die Kirche möchte sich bei den Parteien ins Gespräch bringen und von ihnen auch gehört werden.

Allerdings wird man nicht außer Acht lassen, dass Parteien – wie man das ja täglich verfolgen kann – ihre ganz eigenen Vorstellungen haben. „Sie wollen an der Macht bleiben und halten bei Wahlen den Finger in die Luft und fragen: mit welcher Angelegenheit kann ich jetzt die meisten Stimmen bekommen. Wer sich zu viel mit den Parteien einlässt, kann leicht benutzt und auch korrumpiert werden,“ hörte ich einmal. Man muss eben auf der Hut sein und darf sich nicht benutzen lassen. Andererseits bekommen wir Christen in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland viel zu tun.

Austausch der Gesamtkirche mit dem Beauftragten

Ihr Beauftragter ist auf den Austausch mit der Gesamtkirche angewiesen. Er ist Gesprächspartner einer wichtigen Öffentlichkeit und soll sie mit dem Alltag der Gesamtkirche vertraut machen. Dazu reicht nur unzulänglich hin, was selk_news vermitteln. Es kann für ihn nur förderlich sein, wenn er mit der Gesamtkirche Tagesfragen diskutieren kann. Man sollte überlegen, ob man dazu für das Geschäft des Beauftragten einen Tagesordnungspunkt auf wenigstens einer Sitzung der Kirchenleitung im Jahr, sowie auf einer Sitzung von Kirchenleitung und Kollegium der Superintendenten vorsieht.

Zusammenfassung

Ich habe den Auftrag, die Kirche in der Öffentlichkeit zu vertreten, gerne an- und dann auch mit Gewinn wahrgenommen, neue Einsichten gewonnen und bisher unbekannte Menschen kennen gelernt. Unsere Politiker kostet ihre Tätigkeit viel Kraft und manche Entsagung und es relativiert sich mir die Diskussion über die Höhe ihrer Diäten.

Wir dürfen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche in der Öffentlichkeit einen guten Namen hat.

Es ist mir eine Ehre, im Ruhestand noch auf einem völlig neuen Gebiet wirken zu dürfen. Ich bin dankbar und gespannt, wie die Kirchensynode diesen Bericht aufnehmen wird.

Ich wünsche ihr und allen dazu Berufenen in der SELK für die Beratungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Präsenz der Kirche am Sitz der Bundesregierung Zuversicht und eine glückliche Hand.

Petershagen/Eggersdorf, 24. Februar 2011

Gerhard Hoffmann, Propst i.R.